

Theodor Bergmann

Im Jahrhundert der Katastrophen

Autobiografie eines
kritischen Kommunisten

VSA:



Theodor Bergmann
Im Jahrhundert der Katastrophen

Theodor Bergmann, Jahrgang 1916, trat 1927 dem Jungpartakusbund und dem Sozialistischen Schülerbund bei und schloss sich später dem KJVD-O, der Jugendorganisation der soeben gegründeten KP-Opposition, an. 1933 musste er emigrieren, zunächst nach Palästina, wo er u.a. in einem Kibbuz arbeitete. Später ging er in die Tschechoslowakische Republik und nach Schweden. Er kehrte 1946 nach Deutschland zurück, 1955 promovierte er an der Universität Hohenheim zum Strukturwandel in der Landwirtschaft Schwedens. 1965 wurde er dort wissenschaftlicher Mitarbeiter, später Professor für international vergleichende Agrarpolitik. Nach seiner Emeritierung 1981 widmete er sich verstärkt der Geschichte der Arbeiterbewegung, besonders der Geschichte der KPD-O. Er ist Mitglied der Partei DIE LINKE.

Theodor Bergmann

Im Jahrhundert der Katastrophen

Autobiografie eines kritischen Kommunisten

3., aktualisierte und ergänzte Auflage

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Die in diesem Band abgedruckten Fotos stammen aus dem Besitz des Autors.

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

1. Auflage VSA: Verlag 2000

Alle Rechte vorbehalten

Titelabbildung: Wladimir Lebedew, Blechschneiden, 1920/21

Foto Umschlagrückseite (2013): Joachim E. Röttgers (www.graffiti-foto.de)

Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-89965-688-6

Inhalt

Vorwort zur 3. Auflage	8
Die Weimarer Zeit	9
Meine Jugend im unruhigen Nachkriegs-Berlin	9
Die »Rechten« warnen vor der faschistischen Gefahr	16
Der Junius-Verlag, die Schule und andere Interessen	19
Hitlers kurze 1000 Jahre	31
Erste Station der Emigration: Palästina und zurück	31
Zweite Station: Bedrohte Tschechoslowakei	34
Dritte Station: Neutrales Schweden	43
Hitlers Weltkrieg, die Stellung der KPD-O und die Hoffnungen eines Emigranten	45
Zurück in ein anderes Deutschland	55
Der lange Weg zurück – nicht im Gefährt	55
Die Gruppe Arbeiterpolitik findet sich zusammen	60
Die zwei Zäsuren des Jahres 1948	74
Zu Gast beim Sowjetischen Nachrichtenbüro und auf Gewerkschaftstagen	81
Restauration, Remilitarisierung und Ostermarschbewegung	85
Die Gruppe Arbeiterpolitik und die Ängste der KPD-Führung	90
Wieder in die Produktion	95
Krieg, Faschismus und meine Verwandten	96
Zurück in den Beruf	99
Promotion und Gewerkschaftsarbeit	99
Die erste Entstalinisierung	103
Die Jahre in Hannover: Beruf und private Studienreisen	105
Erste Forschungsreise nach Südasien; UN-Experte in der Türkei	112
Arbeit an der Universität Hohenheim	122
Der Fall Alfred Bergmann	127
Suche nach Reformen im Kommunismus	129
Der Sechstagekrieg spaltet die wiedererwachende deutsche Linke	131
1968-1970: Der kurze Prager Frühling und erste Reise in die Sowjetunion	137

Missverständnisse um Nyereres afrikanischen Sozialismus	140
Das Jahr in Australien	143
Wieder in Deutschland und wieder in Hohenheim	151
Die politischen Interessen	162
Portugal – Ägypten – Mexiko	163
Neugier auf das kommunistische China nach Maos Tod – und eine Prophezeiung	168
Mit Goethe durch Skandinavien und Südostasien	174
Wiedersehen mit China nach zwei Jahren	177
Unruhestand in unruhiger Welt	179
Abschied von Hohenheim	179
August Thalheimers 100. Geburtstag	186
Doktoranden aus Nijmegen und Trondheim	190
Studienreisen nach China und in die USA	193
Perestroika und Glasnost – neue Hoffnung auf Reformkommunismus	198
Die große Krise im sozialistischen Lager und die Alternativen im Kommunismus	206
Gretels Krankheit	217
Michail Gorbatschow – der neue Sündenbock	221
Endlich Zusammenarbeit mit ostdeutschen Forschern	222
»Geh'n Sie doch rüber!«	223
Fünfte Studienreise durch das bäuerliche China	224
Die Tragödie der großen Revolutionäre	232
Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung: Friedrich Engels, Friedrich Westmeyer	234
Zum 80. Geburtstag: Durchwachsene Bilanz	237
Gespräche mit englischen Konservativen und tschechischen Reformkommunisten	238
Internationale marxistische Konferenzen in Warschau und Elgersburg	242
Studien- und Vortragsreise in die USA	244
China – wohin des Wegs?	248
Rück- und Ausblick am Ende des 20. Jahrhunderts	252
Persönliche und berufliche Zwischenbilanz	252
Innere Krise – äußere Machtentfaltung der deutschen Bourgeoisie	259
Der Nord-Süd-Konflikt aus marxistischer Sicht	266
Krise des Postsozialismus	270
Globale Probleme und Eckwerte einer sozialistischen Alternative	272
Trotzdem Optimist?	276

Nachdenklich auch im 21. Jahrhundert	282
Streitfragen der Arbeiterbewegung	286
Meine letzten Bücher	289
Mit 100 Jahren: Kritischer Kommunist, vorsichtiger Optimist	290
1917-2017: 100 Jahre Oktoberrevolution	
Eine persönliche Zwischenbilanz der kommunistischen Bewegung	293
Die Luxemburg-Linie: Kritische Solidarität	294
Der »Kampf der zwei Linien«	295
Die zwei Geschichtslügen des Antikommunismus	297
Selbstkritik und Erneuerung	297
Anhang	
Personenverzeichnis	299
Literatur	304
Abkürzungen	309

Vorwort zur 3. Auflage

Vor 16 Jahren drängten mich meine Freundinnen und Freunde, meinen Lebenslauf aufzuzeichnen, weil nicht vorauszusehen war, dass ich lange ins 21. Jahrhundert leben würde. Meine Lebensbeichte erschien im Jahr 2000. Im Jahr 2004 gab es eine ergänzte, in Inhalt und Tendenz nicht veränderte, zweite Auflage. 2016 planen einige Freunde, mit mir meinen 100. Geburtstag zu feiern. Dafür will ich meine Erlebnisse, Erfahrungen und Aktivitäten während dieser Jahre zusammenfassen, mich befragen, was ich dazugelernt habe und wo ich meine Prioritäten korrigieren müsste. In einem neuen Schlusskapitel berichte ich über mein zehntes Lebensjahrzehnt und versuche im Nachwort, eine persönliche Zwischenbilanz der kommunistischen Bewegung in den 100 Jahren zu ziehen, von denen ich den größten Teil mit Bewusstsein miterlebt habe.

Die Weimarer Zeit

Meine Jugend im unruhigen Nachkriegs-Berlin

Ich kam am 7. März 1916, also mitten im Krieg, als siebtes Kind der Familie Bergmann zur Welt. Meine ersten Erinnerungen gehen in die ganz frühen zwanziger Jahre zurück: Lebensmittelmangel, Heizen mit wertlosem Torf, Inflation, revolutionäre Unruhen. Unsere Familie gehörte sicher zum bessergestellten Mittelstand, wenngleich auch meine Mutter gut rechnen, nach Lebensmitteln Ausschau halten und allzu oft bis Mitternacht Hausarbeit verrichten musste. Wir wohnten im vorderen Teil eines fünfstöckigen Mietshauses; am Ende des Innenhofes gab es noch ein Hinterhaus. Die Wohnung hatte sieben Zimmer; je drei Jungen teilten sich ein Zimmer, meine beiden Schwestern wohnten in einem dritten Zimmer. Den vorderen Wohnungsteil bewohnten und nutzten die Eltern, davon zwei Zimmer für die Bücher und Arbeit des Vaters. Jedes Zimmer hatte einen großen, gekachelten Ofen, aus dem im Winter jeden Morgen große Mengen Asche herausgeholt werden mussten, eine Folge des minderwertigen Heizmaterials. In jedem der beiden Jungenzimmer standen drei eiserne Betten, ein Kleiderschrank, ein großes Bücherregal, in der Mitte ein Tisch und drei Stühle. Es gab Platz zum Lernen.

In den zumeist fünfstöckigen Mietshäusern unseres Viertels wohnten vorwiegend mittelständische Familien. Die Häuser bestanden aus Vorder- und Hinterhaus, die einen kleinen Hof umschlossen, auf dem ein Schuppen für die großen Müllkästen stand. Es reihte sich Haus an Haus und es gab wenig Grün. Allerdings existierten noch einige Villen reicherer Leute mit recht großen, gut eingezäunten Gärten. Wir hatten es nicht weit zum Tiergarten, wo wir spazieren gehen und auf den Reitwegen die »feinere Gesellschaft« beobachten konnten. Zum Zoologischen Garten, neben dem in den zwanziger Jahren das erste Zeiss-Planetarium gebaut wurde, war es ebenfalls nah. Unter dessen Kuppel konnten wir öfter für 50 Pfennige die Wunderwelt der Astronomie kennenlernen.

Mein ältester Bruder Ernst beendete 1921 die Schule, das Mommsen-Gymnasium, und begann zum Ärger meines Vaters ein Studium der Fächer Chemie und Physik, für die er sich schon in der Schule intensiv interessiert hatte. Darin war er von seinem Lehrer Dr. Mosch ermutigt worden, der ihn – noch Schüler – zur Mitarbeit an seinem Physik-Lehrbuch heranzog. Bruder Arthur, 1906 geboren, musste mit 15 Jahren das gleiche Mommsen-Gymnasium wegen radikaler Aufmüpfigkeit verlassen. Er arbeitete zuerst bei einem Altmaterialverwerter, in Berlin Lumpensammler genannt, dann machte er eine Bankleh-

re. An den Abenden lernte er mit Hilfe seines älteren Bruders für das Abitur und bestand diese Prüfung 1924 als Externer zeitgleich mit seinen früheren Mitschülern – und mit sehr guten Noten. Danach begann er ein Jurastudium. Neben dem Studium erteilten die Brüder Nachhilfeunterricht, um in Inflationszeiten etwas zum Familieneinkommen beizutragen oder wenigstens die beträchtlichen Studienausgaben zu finanzieren.

Lernen wurde bei uns zuhause gefordert und gefördert. Die älteste Schwester studierte Physik, der dritte Bruder Medizin und Chemie, die beiden folgenden Medizin. Sie konnten dieses Studium aber 1933 nicht mehr abschließen. Keiner von uns wollte – zur großen Enttäuschung des Vaters – dessen Beruf ergreifen und Rabbiner werden.

Es war eine neue, eine unruhige Zeit. Der Krieg hatte meine älteren Geschwister hellhörig und kritisch gemacht. Sie mussten zwar im Gymnasium für die Soldaten Bauchbinden stricken, machten darüber aber eher satirische Verse. Sie mussten aufs Land, um Lebensmittel zu beschaffen, und lernten, die Kontrollen an den Berliner Bahnhöfen zu umgehen, bei denen so manchem die bitter benötigten Hamsterwaren wieder abgenommen wurden. Und noch lange nach dem Krieg gab es Rationierungskarten für Brot, mit denen der Hunger von acht heranwachsenden Kindern selten ausreichend gestillt werden konnte.

Nach der verlorenen Revolution war Berlin lange unruhig; Streiks führten zu zusätzlichen Versorgungsschwierigkeiten, die das Bürgertum gegen die Roten aufbrachten. Unsere Familie war nach Generationen politisch geteilt, ein Großonkel konservativ, die Geschwister der Mutter eher sozialdemokratisch – als Kriegsteilnehmer hatten sie genug von diesem Vaterland. Mein Bruder Arthur war radikal, Sozialdemokrat, später den linken Sozialdemokraten um Paul Levi, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz zuneigend. Er blieb aber diszipliniertes Parteimitglied. Die beiden Brüder, die er beeinflusste, engagierten sich für den Zionismus. Wir drei jüngeren Brüder waren radikaler, neigten dem Kommunismus zu.

Mein ältester Bruder Ernst wurde bald nach Abschluss seines Studiums 1924 Assistent am Institut für Chemie und 1927 Privatdozent für organische Chemie an der Humboldt-Universität – bis 1933. Der Jurist Arthur wurde gleichfalls Assistent, entschied sich jedoch nach dem Referendariat für die Anwaltstätigkeit. Als junger Rechtsanwalt kam er in den Kreis der linkssozialistischen Anwälte um Kurt Rosenfeld und Siegfried Weinberg, dessen Praxis er nach seinem Tode übernahm. Zu diesem Kreis gehörten als jüngere Kollegen Otto Kirchheimer und Friedrich Karl Kaul. Felix konnte sein Studium der Chemie und Medizin 1933 gerade noch abschließen, bevor er die Universität verlassen musste. Die beiden Medizinstudenten Alfred und Josef mussten ihre

Ausbildung 1933 abbrechen. Alfred wurde inhaftiert, Josef sattelte um auf Buchdruckerei.

1922 kam ich in die Volksschule in der Schlüterstraße, nahe dem S-Bahnhof Savignyplatz. Von unserer Wohnung waren es vielleicht sieben bis acht Minuten Fußweg bis zur Schule. Am S-Bahnhof musste man durch einen schmalen Durchgang, an dessen Zugang vom Savignyplatz eine Kneipe war, die bald – ich weiß nicht mehr, in welchem Jahr – zu einem SA-Lokal wurde. Uniformierte SA-Leute waren dort ständig »in Bereitschaft« und zeigten sich in voller Montur auf der Straße. In der Klasse saßen fast 50 Jungen, die der Lehrer nur mit Hilfe des Rohrstockes in Schach halten konnte. Das Klassenzimmer war vollgestellt mit zusammenhängenden Zweierbänken, aus denen man zu jeder Antwort her auszutreten hatte. Schläge mit dem Rohrstock auf die Finger oder auf das Gesäß gab es häufig.

Die Inflation verschärfte und beschleunigte sich. Bei der Lohn- und Gehaltszahlung am Freitag gab es schließlich dicke Bündel mit Geldscheinen, die man möglichst schnell in Waren umsetzte. Denn am Montag war der Dollar schon wieder teurer, und mit der Mark konnte man noch weniger Ware kaufen. Um Schuhsohlen zu sparen, ging bzw. lief ich im Sommer barfuß zur Schule. Aber die Straßenbahnschienen und der Asphalt in der Kantstraße waren mittags recht heiß. Die Reichspost kam nicht mehr nach mit dem Druck von Briefmarken, sodass die alten Marken nur mit einem Überdruck versehen wurden. Da auch die Reichsdruckerei mit der Produktion neuer Geldnoten in Rückstand geriet, gab es überall Notgeld, in Berlin mit Bildern aus den 20 Stadtbezirken, die allerdings bald nur noch Sammlerwert hatten.

Als endlich im Herbst 1923 die Stabilisierung und die neue Rentenmark kamen, war man bei den Geldnoten bei Billionenwerten angelangt. Die Eins mit zwölf Nullen am Schwanz (1.000.000.000.000) wurde zu einer Rentenmark. So waren die Sparer, die Rentner, die Arbeitenden und alle die, die Kriegsanleihen hatten zeichnen müssen, total enteignet, die Fonds der Sozialversicherung ausgeplündert, die Kosten des verbrecherischen Krieges endgültig auf die Massen der Werktätigen abgewälzt.

Mein Vater trug eine eiserne Uhrkette mit der Inschrift: Gold gab ich für Eisen. Diese hatte er bekommen, als er Kriegsanleihen hatte zeichnen müssen. Viele Grundeigentümer auf dem Lande und in der Stadt sowie Industrielle behielten dagegen ihr Realvermögen. Und einige wenige kamen mit zweifelhaften Methoden zu großem Reichtum, so wie der »Unternehmer« Stinnes. Sein Name stand seitdem für den Typus des Kriegs- und Inflationsgewinners, dem langfristige Investitionen fremd waren. Er war das Gegenstück zum Idealtypus des langfristig investierenden, risikobereiten Unternehmers, wie ihn Max Weber gezeichnet hatte.

Nach zwei Jahren in der städtischen Volksschule ließ mein Vater mich auf die neugegründete jüdische Volksschule umschulen, die in einem Nebengebäude der Synagoge Fasanenstraße untergebracht war. Damals wurde gerade die Volksschulzeit auf vier Jahre ausgedehnt. Dank der Bemühungen meiner Eltern, die darauf hinwiesen, dass meine älteren Brüder alle auf dem Mommsen-Gymnasium waren und zwei von ihnen schon einen guten Abschluss erreicht hatten, wurde ich dann trotzdem bereits mit neun statt mit zehn Jahren in das Gymnasium eingeschult.

Dieses humanistische Gymnasium unweit des Wittenbergplatzes hatte infolge des Krieges an Niveau eingebüßt, ohne allerdings den Ruf einer guten Schule zu verlieren. Man hatte viele Lehrer eingestellt, die im Krieg Offiziere gewesen waren – manche schwer verwundet, verkrüppelt, viele verbittert, weil sie aus ihren verlorenen Jahren die falschen Lehren gezogen und die falschen Schuldigen gefunden hatten. In kurzen Lehrgängen wurden sie umgeschult und dann auf eine, zum Teil aufmüpfige und kritisch gewordene Schülerschaft losgelassen.

Ihr reaktionäres Denken zeigte sich oft deutlich im Unterricht. Wenn sie dem »Juden Liebknecht« die Schuld an der Niederlage und am »Versailler Schandvertrag« gaben, musste ich laut widersprechen. Denn ich hatte Kriegsursache und -ergebnis schon anders zu verstehen gelernt; zudem war Karl Liebknecht kein Jude. Nicht einmal die »Fakten« stimmten. Wenn sie auftragsgemäß jede Woche von jedem Schüler zehn Pfennig für den Verein für das Deutschtum im Ausland kassierten, gab ich nichts. Wenn sie uns als Sextaner 1925 zum Spalierstehen an der Heerstraße beim Einzug des neuen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg einteilten, meuterte ich, ermuntert von meinen älteren Brüdern, und blieb weg. Die Brüder gaben mir dann Hinweise, Argumente und Literatur, damit ich noch besser widersprechen konnte.

An den Oberschulen gab es einen sozialistischen Schülerbund, dem ich beitrat. Anfangs war er scheinbar überparteilich, forderte in seinem Monatsblatt »Der Schulkampf« Schülerelbstverwaltung, Schulreform, Koedukation, Reform der Lerninhalte und spießte besonders reaktionäre Verhältnisse an den Schulen auf.

Anfang 1929 kam es am Mommsen-Gymnasium zu einem Eklat. Die Schule hatte einen neuen Direktor bekommen, einen Herrn von Mackensen, verwandt mit einem namhaften Militär, der seinem Namen Ehre machen und Zucht und Ordnung wiederherstellen wollte. Um zu verhindern, dass sich die Abiturienten bei den schriftlichen Arbeiten wechselseitig helfen, verbot er während der Klausuren die Benützung des Aborts und ließ im Prüfungsraum einen Nachtopf aufstellen. Ein Spottgedicht von Wolfgang Duncker, Sohn der Marxisten Hermann und Käte Duncker, im nächsten Heft des »Schulkampf«

behandelte diese »Heldentat«. Es hatte den Refrain: »Er ist Symbol – der Nachtopf in der Klasse«. Die Prüflinge setzten noch eins drauf und weigerten sich nach bestandener Reifeprüfung, an der Stunde »Sexuelle Aufklärung« teilzunehmen. Offenbar war ein achtzehnjähriger junger Mensch durch die Großstadt bereits aufgeklärt.

Dieser Affront und das Gedicht, das den Verkauf des »Schulkampf« in die Höhe trieb, brachten das Fass zum Überlaufen. Den Abiturienten konnte der Direktor nichts mehr anhaben; er »strafte« sie durch Absage der Entlassungsfeier. Aber an meinem Bruder Josef und mir erprobte er seine Macht. Wir, die den »Schulkampf« unter den Schülern fleißig verkauft hatten, erhielten das consilium abeundi, den »Rat«, die Schule zu verlassen. Wir waren mächtig stolz, denn wir beschäftigten die Hauptstadtpresse. Die einen lobten unseren Mut, die anderen schimpften auf diese Zerstörung von »Anstand und Sitte, die in Scham ihr Haupt verhüllten«, angesichts des Kulturbolschewismus der Schüler.

Mein Vater fiel aus allen Wolken, war fassungs- und ratlos. Er plante, mich zu einem Studienkollegen nach Elbing – jenseits des polnischen Korridors – zu verbannen. Wir fanden besseren Rat. Auf Empfehlung meines Bruders Arthur, inzwischen ausstudierter Jurist und aktives SPD-Mitglied, baten Josef und ich den Direktor des Köllnischen Gymnasiums, den Historiker Dr. Siegfried Kawerau, um Aufnahme. Er war durch seine Synoptischen Geschichtstabellen bekannt geworden, in denen nicht nur Kriege, große Schlachten und Monarchen aufgeführt waren, sondern ebenso Entwicklungen in Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft.

Dieses Gymnasium war eine von drei Aufbauschulen in Berlin, in denen Arbeiterkinder, die schon gearbeitet hatten, in sechs Jahren das erlernten, wofür die anderen neun Jahre Zeit brauchten. Viele Schüler bekamen von der Berliner Stadtverwaltung eine Wirtschaftsbeihilfe, die nach Familiengröße gestaffelt war. Da wir mit unserer Vorbildung den anderen im Lernstoff noch voraus waren, mussten wir springen – mein Bruder, der ein »Michaelis-Schüler« war, ein halbes Jahr, ich ein ganzes Jahr. In meiner neuen Klasse war ich mit 13 Jahren der jüngste Schüler, der älteste zählte schon 31 Jahre, war bereits Familienvater und ein Glatzkopf.

Die Schule, in einem großen roten Backsteinbau am U-Bahnhof Inselbrücke unweit des Märkischen Museums untergebracht, hatte zwei Züge: das humanistische Köllnische Gymnasium und die Kämpf-Oberrealschule. Hier herrschte ein ganz anderes Klima. Der Direktor, ein stattlicher Mann, fast immer freundlich, ging im blauen Hemd der »Falken« mit einer roten Kordel, ohne Krawatte, in Wanderkluft, war immer ohne Umstände und Formalitäten ansprechbar und zeigte für unsere Wünsche Verständnis. Sehr bald nach dem

30. Januar 1933 kam er in ein Konzentrationslager. Die Misshandlungen waren so schwer, dass er Anfang 1936 im Alter von nur 50 Jahren starb. Es gab eine Reihe musischer Aktivitäten, Theateraufführungen u.ä. Eine Schülerversammlung trat regelmäßig zusammen und praktizierte »Selbstverwaltung«.

Dr. Kawerau hatte es verstanden, moderne Lehrer heranzuholen. In meiner Klasse unterrichteten Arthur Rosenberg, früher Reichstagsabgeordneter der KPD-Fraktion, Fritz Ausländer, Mitglied des preußischen Landtags und Kulturreferent der KPD-Fraktion, und der Anarchist Hermann Borchardt. Arthur Rosenberg beeindruckte uns im Unterricht: Ein großer, fast haarloser Kopf auf einem großen Körper; klare Sprache, kritisch im Inhalt, faktenreich, gegenwartsnah. Was er vortrug, betraf unsere unruhige Zeit, also auch uns Schüler. Natürlich waren auch die Schüler überwiegend links. Zu meinen Schulkameraden gehörte Genia Leviné, Sohn von Eugen Leviné, und viele andere, mir bekannte junge Sozialisten verschiedener Richtung.

Da die Schüler schon kürzere oder längere Zeit in Lohnarbeit gestanden hatten, lernten sie auch mit größerer Intensität und mehr System. Dem entsprachen die Lehrer durch modernere Lehrmethodik und Lehrinhalte und sinnvollere Prüfungen. Es gab keine nationalistische Propaganda im Deutsch- und Geschichtsunterricht, aber gern genutzte Angebote zu freiwilligem Lernen in Eckstunden. Ich wählte Englisch und Biologie-Übungen. Man lernte Latein, Griechisch und Französisch als Pflichtfächer, Englisch fakultativ – zweimal wöchentlich von sieben bis acht Uhr morgens. Freiwillig und sehr anregend waren die Biologie-Übungen am Mittag ab 13 Uhr. Naturwissenschaften, insbesondere Biologie waren eines meiner großen Interessengebiete.

Viel Anregung gab mir schon als Dreizehnjährigem das Buch von Prof. Richard B. Goldschmidt »Ascaris. Eine Einführung in die Wissenschaft vom Leben für jedermann« (Leipzig 1922), das sehr anschaulich und verständlich die Grundlagen der Pflanzen- und Tierphysiologie erklärte. Mit klaren Argumenten widerlegte der Verfasser bei der Darstellung der Genetik die nazistischen Pseudo-Wissenschaften der Rassenlehre und die von deren Vertretern propagierte »Eugenik«. Mein ältester Bruder unterstützte mein Interesse; er brachte verschiedene Nährlösungen aus seinem Labor mit, und ich wiederholte die Versuche, mit denen Justus v. Liebig 80 Jahre vorher den Bedarf der Kulturpflanzen an den drei chemischen Nährstoffen Stickstoff, Phosphat und Kali nachgewiesen hatte. Auf dem Fensterbrett standen meine Marmeladengläser mit Nährlösung und Erbsenpflanzen. Ich wäre damals gerne Pflanzenzüchter und Genetiker geworden.

Überhaupt kam die »Erziehung«, oder vielmehr die Anregungen von den älteren Brüdern. Mein Vater war ganz mit seiner Arbeit beschäftigt, daneben auch noch Leiter der Jüdischen Volkshochschule, und hatte nicht allzu viel für

radikale Gedanken übrig. Die Mutter war mit der Führung des Haushalts mehr als ausgelastet, auch wenn selbstverständlich alle mit anpackten. Sie versuchte die Kluft zwischen den Generationen zu überwinden; sie hatte Sprachen gelernt und Bücher übersetzt. Sicher verstand sie unsere Generation besser als der Vater.

Von den vier Großeltern lebte nur die Großmutter mütterlicherseits, sehr modern in ihrem Denken, aber schwer zuckerkrank. Sie wohnte in Berlin und wir besuchten sie regelmäßig. Aber es war immer eine halbe Tagesreise. Den größten und wichtigsten Teil meiner Erziehung und außerschulischen Bildung erhielt ich in der Arbeiterbewegung.

Als sich die Wirtschaftslage nach der Inflation etwas stabilisierte, durften wir Großstadtkinder aus der Kriegszeit zur Erholung in den Sommerferien nach Kolberg an der Ostsee. Meine Mutter nahm ihre Schulkinder, packte alles Notwendige in einen großen verschließbaren Korb, den die älteren Geschwister trugen. Meist kam einer unserer Vettern aus der Tschechoslowakei oder aus Rumänien vor Reisebeginn zu uns und begleitete uns dann in die Ferien. Am späten Abend fuhren wir vom Stettiner Bahnhof los. Wir hatten Plätze in der 4. Klasse in einem Abteil für Reisende mit Traglasten. Bis Stettin brauchte der Personenzug etwa vier Stunden. In unserem Abteil gab es nur an den vier Wänden Holzbänke, in der offenen Mitte standen die Traglasten, und wir saßen oft auf unserem großen Korb. In Stettin ging es in den recht verräucherten Wartesaal, wo wir auf den Morgenzug warteten, der uns in langsamem Tempo nach Kolberg brachte. Dort war für uns immer eine Wohnung angemietet, recht einfach, manchmal nicht mit der genügenden Bettenzahl, sodass einer oder zwei auf dem Fußboden schliefen. Meine Mutter hatte auch hier keine Ferien, sondern führte den Haushalt.

Zur Stärkung bekamen wir Solbäder, gingen dann an den Strand, wanderten hinter den Dünen bis zur Waldenfels-Schanze, die an irgendeinen historischen Sieg der deutschen Truppen erinnern sollte, liefen zum Hafen, um frisch geräucherte Flundern zu besorgen, diskutierten miteinander und mit den Vettern aus fernen Ländern, die unter Alfreds Einfluss kritische Kommunisten wurden. Das Landstädtchen war für uns Großstädter idyllisch. Wir liefen barfuß über die Straßen, stießen uns am Kopfsteinpflaster die Zehen blutig, aßen frische Beeren und andere gute Sachen, die wir in Berlin noch nie gesehen hatten. Die großen Ereignisse waren das Kinderfest im Vaterländischen Frauenverein, wo wir uns ohne Eintrittskarten hineinmogelten, und der Jahrmarkt mit seinen Schaustellern. Wir gingen nicht in die Schaubuden, uns genügte die Außenreklame. Beim ersten Mal fürchteten wir den Hypnotiseur, der auf offener Bühne Menschen aus dem Publikum hypnotisierte. Als wir dann aber beim zweiten Mal sahen, dass wiederum die gleichen Menschen aus dem Publikum, also

seine Kumpane, »hypnotisiert« wurden, verloren wir die Furcht und begriffen den kleinen Schwindel.

Wir durften für einige Jahre nach Kolberg zur Stärkungskur. Hitlers Krieg hat dieses Städtchen dann völlig zerstört. 1986 fand ich fast keine Spuren der alten Stadt. Sie war völlig neu aufgebaut.

Meine Kinderkrankheiten hatte ich fast alle mit zehn Jahren hinter mir. Etwa mit sieben Jahren bekam ich Diphtherie, die damals noch als sehr infektiös galt und eine strenge Isolierung des Patienten erforderte. Ich lag wohl sechs Wochen im Krankenhaus Westend in einer Baracke für Infektionskrankheiten und durfte Besuch nur hinter einer Glasscheibe sehen. Mit zehn Jahren hatte ich eine sehr spät erkannte Blinddarmentzündung. Es war aufregend. Als endlich die Ursache meiner starken Schmerzen diagnostiziert wurde, war der Blinddarm aufgebrochen, und ich musste um zwölf Uhr nachts von dem bekannten Chirurgen Prof. Borchardt in einer Privatklinik operiert werden. Zwei Nachoperationen waren erforderlich, um die Vereiterung zu heilen; vier Wochen lag ich fest. Nach der Entlassung war ich ziemlich geschwächt, hatte die ersten Tage Mühe zu gehen und brauchte einige Wochen, bis ich wieder bei Kräften war und in die Schule zurückkehren konnte.

Danach war ich kaum jemals ernsthaft krank. Zwei Lymphknotenentfernungen waren notwendig. Die erste, 1950, nahm Dr. Gerlach vor, der noch aus der Generation der Freunde von Rosa Luxemburg stammte. Die Ruhe, Konzentration und Sicherheit, mit der der über 60 Jahre alte Chirurg mit dem griechischen Kopf die Operation durchführte, beeindruckte mich sehr. Damals hatte ich kein Geld; auf Empfehlung von Heinrich Brandler operierte er mich, ohne einen Pfennig zu verlangen. Nach zwei Tagen durfte ich das Krankenhaus verlassen. Später habe ich Dr. Gerlach einige Male zu politischen Gesprächen getroffen. Einige Jahre später musste mir noch einmal ein Lymphknoten entfernt werden, dieses Mal in ambulanter Behandlung. Seitdem habe ich Hospitäler nur beim Besuch befreundeter Patienten gesehen. Auch unseren ausgezeichneten Hausarzt habe ich in späteren Jahren sehr selten aufsuchen müssen.

Die »Rechten« warnen vor der faschistischen Gefahr

Schon bald nach Gründung des Sozialistischen Schülerbundes (SSB) zeigte sich, wie sehr einige KPD-Leute ihn beherrschten. Man begann die jungen Sozialdemokraten auszugrenzen, und fand an den höheren Schulen statt des erstarkenden Faschismus andere Feinde, so z.B. Fritz Karsen, den Direktor der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln, eine Aufbauschule mit vielen linken

Lehrern und proletarischen Oberschülern. Deshalb verließ ich zusammen mit einigen anderen Schülern den SSB. Wir gründeten die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Schüler, aus der jedoch nie eine größere Organisation wurde.

Seit dem Herbst 1928 formierte sich die Opposition gegen den ultralinken Kurs der KPD, die bereits 1924 mit der Kritik an der »Bolschewisierung« der Komintern begonnen hatte, in der KPD-Opposition. Ihre wichtigsten Kritikpunkte waren:

1. eine nüchterne Analyse des deutschen Faschismus und die Forderung nach einer Einheitsfront aller antifaschistischen Klassenorganisationen, die dann die verunsicherten Mittelschichten zu sich heranziehen würde;
2. Aufrechterhaltung der Einheit der überparteilichen Massenorganisationen;
3. kritische Solidarität mit der Sowjetunion;
4. Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie;
5. Reform der kommunistischen Bewegung an Haupt und Gliedern.

Dieser Richtung schloss sich sehr bald mein Bruder Alfred an, der der politisch aktivste von uns Geschwistern war. Bald zog er uns jüngere Brüder mit in die Arbeit hinein.

Im Februar 1928 war in Vorbereitung des sechsten Weltkongresses der Komintern in einer Geheimkonferenz von Stalin- und Thälmann-Fraktion in Moskau der endgültige Übergang der KPD zum ultralinken Kurs beschlossen worden. Die anschwellende Welle des Nationalsozialismus, der beginnende SA-Terror, die Goebbels'schen Provokationen waren zwar, wenn man nicht blind durch die Welt lief, überall deutlich zu sehen. Aber für die linientreuen KPD-Mitglieder waren die Sozialdemokraten nunmehr die Sozialfaschisten, ihre einfachen Mitglieder kleine Zörgiebels;¹ sie wurden zu Hauptfeinden, die zuerst vernichtet werden mussten, bevor man dann darangehen konnte die wirklichen Faschisten zu bekämpfen. Bald wurden die deklassierten Proletarier, die zur SA gegangen waren, zu »irregeleiteten Revolutionären«, die die KPD als Bundesgenossen zu gewinnen suchte. Mit den »Sozialfaschisten« in den überparteilichen Massenorganisationen zusammenzuarbeiten wurde für unmöglich erklärt.

So begann die Spaltung der Gewerkschaften und aller anderen überparteilichen Massenorganisationen der Werktätigen, die ein Netzwerk proletarischer Kultur gebildet hatten. Dort fanden sich bis dahin Sozialisten aller Richtungen unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit zusammen und auch die nicht in einer Partei organisierten Werktätigen. Der gewerkschaftliche Kampf und der Arbeitersport waren »strömungsübergreifend« die verbindenden Elemente.

¹ Karl Zörgiebel (SPD) war Berliner Polizeipräsident. 1929 verbot er die Maidemonstration.

Über die unterschiedlichen Zielsetzungen der politischen Strömungen wurde in freundschaftlicher Atmosphäre diskutiert. Die letzte gemeinsame, ungeheuer eindrucksvolle Demonstration der Berliner Werktätigen fand am 1. Mai 1928 statt. Hunderttausende sammelten sich nach langen Märschen durch die Stadt auf den Treptower Wiesen.

Der Führung der SPD, die die meisten Massenorganisationen organisatorisch beherrschte, auch wenn es in ihnen eine beträchtliche organisierte, offene Opposition gegen den Reformismus gab, konnte der Spaltungskurs der KPD nur recht sein. Er verfestigte ihre Dominanz, entledigte sie (eines Teiles) der Opposition und isolierte die KPD-Mitglieder.

Die Gräben zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten vertieften sich zusehends. Nicht selten gingen die Auseinandersetzungen von politischen Debatten in Sprachlosigkeit, Feindseligkeit und Schlägereien über. Die KPD ging in ihrer ultralinken Verblendung sogar soweit, dass sie trotz des SA-Terrors, der sie selbst genauso traf wie die Sozialdemokraten, einige Male die Zusammenarbeit mit den Faschisten suchte – so beim »roten« Preußen-Volksentscheid 1931 und beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik im November 1932. Die wirkliche faschistische Gefahr, die Kampfmöglichkeiten in der bürgerlichen Demokratie, der stufenweise Abbau der Demokratie wurden völlig verkannt; die politischen »Analysen« bestanden oft aus absurden Verrenkungen.

Eine wirkliche, kämpfende Einheitsfront aller Werktätigen lehnte die KPD ab. Diese setzte Gespräche und Vereinbarungen mit den reformistisch geführten Massenorganisationen und der SPD voraus. Erst sollten sich – so verlangte es unsinnigerweise die KPD – die Werktätigen von ihren reformistischen Führern trennen. Danach könne man eine »Einheitsfront von unten«, unter Führung der KPD, bilden.

Der ultralinke Kurs der Kommunistischen Partei, der seit dem 6. Weltkongress der Komintern mit nur kurzen Unterbrechungen verschärft durchgesetzt wurde, hatte also katastrophale Folgen für die deutsche Arbeiterbewegung, aber auch für die KPD selbst. Allerdings verstärkten Stimmengewinne bei den Wahlen noch den Selbstbetrug der KPD-Führung. Der so notwendige gemeinsame Kampf aller Werktätigen gegen die faschistische Bedrohung wurde unmöglich gemacht.

Die KPD-Anhänger wurden verwirrt. Soweit sie aus ihrer Kampferfahrung und marxistischen Tradition gegen den Wahnsinn protestierten, wurden sie ausgeschlossen und als Hauptfeinde brutal bekämpft. Neue Mitglieder, die durch den Verbalradikalismus der KPD-Führung angezogen wurden, wurden mit nationalen Parolen überhäuft. Das erleichterte das Eindringen von Spitzeln und ließ nach 1933 manche zu Überläufern werden, die dann die illegale Arbeit gefährdeten.

Strategie und Taktik von SPD- und ADGB-Führung lieferten die Argumente für den Kurs der KPD-Führung. Das Verbot der 1. Mai-Demonstration 1929 in Berlin durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel, die mehr als dreißig Toten an diesem 1. Mai, das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch die Preußenregierung, die Unterstützung der Unternehmer durch die »Schlichter« in den großen Tarifauseinandersetzungen und viele andere Handlungen der SPD-Führung waren strategisch falsch, trugen zum Abbau der Weimarer Demokratie bei und verschärften die ohnmächtige Wut der neuen KPD-Mitglieder. Aber kein Fehler und kein Verbrechen der SPD-Führung rechtfertigte die falsche Strategie und Taktik der ultralinken KPD-Führung.

Der Junius-Verlag, die Schule und andere Interessen

An mehreren Schultagen in der Woche begann unser Unterricht um 7.15 Uhr mit einer Stunde im Wahlfach Englisch – der vierten Fremdsprache nach Latein, Griechisch und Französisch. Spätestens um 14 Uhr, oft schon um 13 Uhr, war Schulschluss. Nachmittags hatte man meistens frei. Selbstverständlich halfen wir im Haushalt bei allen groben Arbeiten: Asche ausräumen aus den acht Öfen, Säubernachen, Geschirrspülen, Wäsche zum Trocknen auf den Dachboden tragen, Hilfe bei der Handmangel der großen Wäsche im nahegelegenen Wäschekeller. Der schwere Mangelkasten musste dabei mit der Handkurbel über die Wäscherollen hin und her bewegt werden. An weiteren Aufgaben fielen an: Schuhe putzen, zweimal wöchentlich frühmorgens vor der Schule vom Wochenmarkt am Wittenbergplatz Obst und Gemüse nach Hause tragen, Einkäufe besorgen usw. Die Mutter hatte trotz unserer Hilfe immer noch eher zuviel Arbeit, die sie aber unermüdlich erledigte. Als die älteren Geschwister das Studium begannen, gingen die Hausarbeiten auf die nächstjüngeren über.

Da mir das Lernen nicht allzu schwer fiel, hatte ich Zeit, auch noch neben der Hilfe im Haushalt anderen Interessen nachzugehen. Bruder Alfred nahm mich zum Junius-Verlag mit, wo ich bei den technischen Arbeiten aushalf. Der Junius-Verlag hatte in einem alten Haus in der Innenstadt, Wilhelmstr. 135, eine Wohnung gemietet. In den Räumen befanden sich die Büros der Reichsleitung und der Berliner Leitung der KPD-O. Nur die Tageszeitung »Arbeiterpolitik« wurde anfangs in Leipzig herausgegeben. Seit Ende 1928 war hier auch die Redaktion der KPDO-Wochenzeitung »Gegen den Strom«. In deren Zimmer saß ziemlich regelmäßig August Thalheimer – hochgewachsen, Brille, kleiner Schnurrbart, volles Haar. Nie hörte ich ihn über die eigene ökonomische Misere klagen. Mit meinen Fragen konnte ich immer zu ihm kommen; er beantwortete sie geduldig. In seinen Vorträgen argumentierte er sachlich,



Heinrich Brandler (links) und Richard Janus

seine Erklärungen waren klar und unkompliziert. Auf die wichtigen KPDO-Versammlungen kam auch seine Frau Cläre, die sich ansonsten selten zeigte. Heinrich Brandler, Thalheimers lebenslanger politischer Freund und Kampfgefährte, war von anderer Statur. Infolge eines schweren Arbeitsunfalls hatte er einen Schnitzbuckel, gedrungene Gestalt, den Kopf fast auf den Schultern. Meist war er gut gelaunt und freundlich, manchmal ungeduldig, genau wie sein Freund August immer ansprechbar und zur Debatte bereit. Seine großen Arbeitshände hatten lange die Maurerkelle geschwungen.

Die Reichsleitung der KPD-Opposition benutzte ein weiteres großes Zimmer. Anfangs war dort Jacob Walcher tätig, etwas später dann Heinrich Brandler. In einem Raum saßen die Sekretärinnen, die Genossinnen, die die Schreibmaschinen bedienten und die Kasse führten. Dazu gehörten Hedwig Wiest und Hertha Jurr, zeitweise auch Gertrud Fiedelak. Einen Raum brauchte die Internationale Hilfsvereinigung (IHV), ursprünglich eine Nebenorganisation der Roten Hilfe, die jedoch von KPDO-Genossen geführt wurde. Bei der Spaltung aller Organisationen blieb die IHV in den Händen dieser Genossen. Dazu

gehörten Jakob Schlör und der früh verstorbene Felix Schmidt. Ein kleines Zimmer benützte der Sportpolitiker Fritz Wiest.

In dem großen Durchgangsraum wurden die technischen Arbeiten erledigt: Vervielfältigen der Wachsmatrizen auf einem Roneotype-Abziehapparat mit Hand- oder elektrischem Betrieb. Die abgezogenen Lokalzeitschriften und Rundschreiben der Reichsleitung waren dann zusammenzulegen und zu heften, zu verpacken, zu frankieren und zur Post zu tragen. Die technischen Arbeiten besorgten Genossen, die zum Teil mit dem Ausschluss aus der Partei auch ihre Stellen verloren hatten. Es waren erfahrene Kommunisten, die in ihren Stadtbezirken die politische Arbeit der KPD-O und die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften organisierten.

In diesen Arbeitsräumen trafen sich viele Berliner Genossinnen und Genossen zu ständigen Diskussionen über alle wichtigen politischen und gewerkschaftlichen Fragen, aber ebenso zur Vorbereitung der Organisationsarbeit. Neben der technischen Hilfe erlebte ich dort viele politische Debatten, lernte die Mitglieder der KPD-O und der Kommunistischen Jugendopposition (KJO) kennen, konnte jedem von ihnen meine Fragen vorlegen, sah auch die materielle Armut der vielen nun arbeitslos gewordenen Genossen. In manchen Familien hatten wenigstens die Frauen Arbeit, bei anderen gab es bittere Not.

Nach den wenigen »guten«, d.h. normalen Jahren (etwa 1924-28) setzte Ende 1928 eine schwere Wirtschaftskrise ein. Nach dem schwarzen Freitag im Oktober 1929 an der New Yorker Börse schwappte die Welle nach Deutschland über: »Wenn die Wall Street hustet, bekommt Deutschland eine Lungenentzündung« – war damals eine gängige Redewendung. Große Unternehmen meldeten Bankrott an, so die DANAT-Bank oder die Nordwolle in Delmenhorst. Tausende Kleinaktionäre verloren zum zweiten Mal seit Kriegsende ihre Ersparnisse.

Viele Unternehmen begannen zu rationalisieren, d.h. es gab Massenentlassungen. Drei international bekannte »Wirtschaftsführer« begingen Selbstmord, bzw. »fielen aus dem Flugzeug«: der schwedische Zündholzkönig Ivar Kreuger, der frühere Vorzeigekapitalist Thomas Bata, Inhaber des tschechoslowakischen Schuhkonzerns Bata und der belgische Großbankier von Löwenstein. Der wirtschaftliche Niedergang weitete sich zur Weltwirtschaftskrise aus, die bis in die Mitte der 30er Jahre andauerte. In Deutschland wurde sie durch Hitlers massive Kriegsrüstung bei Hungerlöhnen überwunden. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht finanzierte den Hitlerschen »Aufschwung« durch Inflation.

Die industrielle Reservearmee wuchs schnell an; 1932 waren sechs Millionen Erwerbslose amtlich registriert. Die Unternehmer setzten Massenentlassungen und zugleich verlängerte Arbeitszeiten und Lohnkürzungen durch. Die

Reichsregierung senkte die Löhne und Gehälter im ganzen öffentlichen Dienst linear um zehn Prozent.

Zu den ständigen Besuchern bei der KPD-O in der Wilhelmstrasse gehörte bis zu seiner Rückkehr nach Indien auch Manabendra Nath Roy. Mit seinen lebhaften Berichten über Indien und China regte er mein Interesse an diesen Ländern und ihren Unabhängigkeitsbewegungen an. Andere ausländische Genossen, die zu einigen Tagungen nach Berlin kamen, waren Charles Huber und Pierre Mourer von der KPO aus Straßburg, ein ungleiches Paar; die beiden trennten sich recht früh, bald nach dem Januar 1933, von der KPO und nahmen politisch ein schlechtes Ende.

In den Büros der KPD-O, erst im Junius-Verlag, Wilhelmstr. 135, dann im gemeinsamen Büro mit der Tageszeitung »Arbeiterpolitik«, arbeiteten manche erfahrene alte Kommunisten, die ich aus der Nähe beobachten konnte. Als die Redaktion der »Arbeiterpolitik« nach Berlin verlegt wurde, kam aus Leipzig der große, starke Paul Böttcher, der seine Leitartikel fast druckreif diktieren konnte. Als weiterer Redakteur kam Hans Beck, der manchmal von seinen frühen Reisen nach Sowjetrußland erzählte. Er ging mit seiner Familie 1932 als Facharbeiter in die UdSSR. 1937 wurde er als feindlicher Spion erschossen. Waldemar Bolze arbeitete in der Redaktion über Gewerkschaftsfragen. Robert Siewert versuchte, die ewig schwachen Finanzen irgendwie zu ordnen. Dies war angesichts der sich ständig verschärfenden Wirtschaftskrise trotz der großen Opferbereitschaft aller Mitglieder und einiger Sympathisanten eine unlösbare Aufgabe. Öfter kamen anfangs Jacob Walcher und Paul Frölich. Jacob Walcher, ein großer starker Mann, mit einem großen, fast viereckigen Kopf, war Sohn eines Kleinbauern aus einem oberschwäbischen Dorf. In Stuttgart wurde er Metallarbeiter. Durch Selbstbildung und ein Jahr auf der von Rosa Luxemburg geleiteten Parteischule der SPD wurde er zu einem ausgezeichneten Redner und Schreiber. Er hatte große Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit und betrachtete diese als eine der Prioritäten für gute Kommunisten. Paul Frölich war ein ganz anderer Typ: mittelgroß, dunkelhaarig, mit einer großen Glatze und dichtem Schnurrbart. Er war vielleicht noch belesener als Walcher, arbeitete über Rosa Luxemburg und gab die ersten Gesammelten Werke heraus, die jedoch bis 1933 nicht abgeschlossen werden konnten. Von den jüngeren lernte ich Walter Uhlmann, Werner Jurr und Grete Müller näher kennen. Die Brüder Fritz und Ernst Paul erledigten die technischen Arbeiten. Der Buchdrucker und Arbeitersportler Hermann Meyer besprach mit anderen Kollegen die Fraktionsarbeit im Buchdruckerverband.

Im Mittelpunkt der Debatten stand die faschistische Gefahr und die Bemühungen um die Schaffung einer umfassenden proletarischen Einheitsfront. Auf den Mitgliederversammlungen und den politischen Bildungsabenden

der Bezirke referierten bekannte Genossinnen und Genossen. Die politischen Anträge für Gewerkschaftsversammlungen und -kongresse wurden in Fraktionssitzungen vorbereitet. Man spürte allenthalben die Verschärfung der Wirtschaftskrise und mit ihr der Kapitaloffensive. Man sah die immer längeren Schlangen vor den Arbeitsämtern, die Menschen, die an der Zentralmarkthalle nahe dem Alexanderplatz unter den Abfällen nach Essbarem suchten. Man erlebte den zunehmenden Terror der uniformierten SA-Trupps, Überfälle auf Arbeiterfunktionäre, auf Gewerkschaftshäuser, einen kleinen Pogrom (1931) gegen jüdische Passanten und Geschäfte mitten im Zentrum Berlins, wo die sozialdemokratisch geführte, aber längst von den Nationalsozialisten unterwanderte Polizei untätig zusah. An der Berliner Humboldt-Universität provozierten Nazi-Studenten in SA-Uniformen schwere Schlägereien. Hier bildeten alle Richtungen der linken Studenten eine gemeinsame Gegenwehr.

Anfangs hatte die KPD-O neben der Tageszeitung »Arbeiterpolitik« in Leipzig einige Wochenzeitungen in Jena, Düsseldorf, Breslau, Offenbach, Stuttgart, Ludweiler/Saar. Mit zunehmender Erwerbslosigkeit wurde es schwieriger, diese Vielfalt zu erhalten. Man beschloss eine Konzentration der Pressearbeit; die Tageszeitung kam zum 1. Januar 1931 nach Berlin, das Wochenblatt in Düsseldorf wurde eingestellt, die Blätter in Offenbach und Stuttgart zu einer Zeitung mit zwei Kopfblättern zusammengelegt. Redaktion und Verlag der »Arbeiterpolitik« bekamen ein Stockwerk in einem Fabrikgebäude im Hinterhaus des Hauses Elisabeth-Ufer 28-29, wo die Druckerei der Zeitung (Druckerei Janiszewski) lag. Bald zogen auch die Reichsleitung der KPD-O und der Junius-Verlag in die gleichen Räume.

Der großen Opferbereitschaft der KPDO-Mitglieder wurden durch die tiefe Krise immer engere Grenzen gezogen. Aber die politische Aktivität nahm nicht ab; angesichts der ständig steigenden faschistischen Welle und der allmählichen Aufweichung und unübersehbaren Annäherung des »neutralen« Behördenapparates an den Faschismus nahmen die Anstrengungen der KPD-O noch zu, Gewerkschaften, Betriebsräte und Massenorganisationen zu mobilisieren. Man wollte den Druck auf die großen zentralen Organisationen so verstärken, dass sie zur Zusammenarbeit, zur gemeinsamen Abwehr der faschistischen Bedrohung gezwungen würden.

Der Niedergang der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie war ein deutlich erkennbarer Prozess, den die KPD-O in seinen Etappen analysierte. Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum) verfügte nicht über eine Mehrheit im Reichstag; er regierte daher mit Notverordnungen, die mit Artikel 48 der Verfassung begründet wurden. Auf Brüning folgte Reichskanzler Franz von Papen vom Herrenklub, der der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) nahestand und noch die Illusion hegte, die NSDAP einbinden und selbst die

Führung behalten zu können. Ihm folgte schließlich der letzte Versuch des Reichswehrgenerals Kurt von Schleicher, der ein Bündnis von Militär und Gewerkschaftsführung anstrebte und so eine Hülse der Republik erhalten wollte. Die bürgerlichen Parteien näherten sich der NSDAP an; Teile ihrer Mitglieder und Wähler liefen zu ihr über. Die führenden Kreise der Bourgeoisie forderten immer offener, dass man der NSDAP die Macht übertragen sollte; sie würde die Hindernisse der Sanierung des Kapitalismus mit einem Schlag aus dem Wege räumen. Zusammen mit diesen Kräften der Bourgeoisie war die Republik nicht zu verteidigen. Das wollte die SPD-Führung nicht sehen, weil sie die Kommunisten stärker verabscheute als ihre wankelmütigen großbürgerlichen »Verbündeten«, die sich bereits in Auflösung befanden. Die SPD erfand als Begründung ihres Nichthandelns die Tolerierungspolitik, da Brüning »das kleinere Übel« sei.

Die KPD-Führung andererseits erkannte keinen Unterschied zwischen den einzelnen Etappen des Zersetzungsprozesses und nannte schon die Brüning-Regierung faschistisch, sodass sie 1933 die Bedeutung des »legalen« Staatsstreichs, die entscheidende Zäsur nicht richtig einschätzen konnte. Richtig wäre es gewesen, die Weimarer Demokratie als besten Kampfboden für den Sozialismus offensiv, d.h. gegen die bürgerliche Aushöhlung und mit sozialistischer Zielsetzung, zu verteidigen. In diesem Kampf hätte man die reformistisch geführten Massenorganisationen durch Einheitsfrontpolitik einbinden können. So aber machte die KPD diese Klassengenossen zu ihren Gegnern.

Die politische und ökonomische Zuspitzung machte sich auch in der KPD-O selbst deutlich bemerkbar. Man fragte sich nach den Chancen, eine an sich richtige Politik gegen die übermächtigen, selbstzufriedenen Apparate der proletarischen Organisationen durchzusetzen. Die Debatten auch zwischen den Genossinnen und Genossen, die z.T. bereits zwei Jahrzehnte, schon in der Vorkriegssozialdemokratie auf dem linken Flügel und durch alle folgenden politischen Krisen zusammengearbeitet hatten, wurden schärfer.

Meine Schulzeit verlief nun ohne weitere Zwischenfälle. Neben der Aushilfe im Verlag der »Arbeiterpolitik« an den freien Nachmittagen und der Teilnahme an politischen Versammlungen betätigte ich mich noch als Mitglied der »Freien Sportvereinigung Fichte«, die unter der Leitung des KPDO-Mitglieds Franz Cerny stand. Ursprünglich war er Mitglied des von der KPD beherrschten Arbeitersportvereins »Fichte« gewesen. Als die KPD nach 1928 die Spaltung aller überparteilichen Arbeiterorganisationen betrieb, opponierte Cerny und musste »Fichte« verlassen. Mit seinen Sportkameraden gründete er im Berliner Arbeiterbezirk Kreuzberg die Freie Sportvereinigung Fichte, die dem Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATuSB) angeschlossen blieb. (Die KPD-nahen Arbeitersportvereine gründeten ihre eigene Dachorganisation, die

»Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit«.) Franz Cerny, ein begabter Erzieher, arbeitete in der illegalen KPD-O, wurde verurteilt, saß die Strafe ab, wurde dann als Tscheche ausgewiesen. Der Faschismus holte ihn 1939 in Prag ein, rekrutierte ihn zum Strafbataillon der 999er. In Griechenland setzte er den illegalen Widerstand fort, sammelte eine Gruppe potentieller Deserteure bei den 999ern, wurde denunziert, zum Tode verurteilt und 1943 hingerichtet.

An einem Abend in der Woche turnten wir und trieben Sport. Am Wochenende ging es hinaus nach Körbiskrug, wo der Verein ein kleines Grundstück an einem Baggersee gepachtet hatte. Unser Arbeitersport unterschied sich ganz wesentlich vom bürgerlichen Sport. Jungen und Mädchen, Männer und Frauen nahmen weitgehend an den gleichen Sportarten teil. Höchstleistungen waren nicht gefragt oder wurden nicht angestrebt; es ging um Gesundheit. Turnen und Sport waren Mittel gegen die ungesunden Wohnverhältnisse und die Lohnarbeit in Fabriken und Werkstätten mit ihren oft noch primitiven Bedingungen. Bei Wettspielen und -kämpfen wurden wir angehalten, unsere Partner als Freunde zu sehen; nicht der Sieg war wichtig, sondern Gesundheit und Freundschaft. Die jungen Arbeiterinnen und Arbeiter wurden zur Solidarität erzogen. In den Arbeitersportvereinen entstanden manche Lebenspartnerschaften, die alle Belastungen von Hunger, Faschismus und Krieg überdauerten.

Schwimmen und vor allem Wanderungen kamen zum Hallenturnen hinzu. Die märkischen und mecklenburgischen Seen und Wälder waren an manchen Wochenenden unsere Ziele. Wir übernachteten meist für wenig Geld in den Massenlagern der Jugendherbergen. Im Winter gab es regelmäßige Bildungsabende. Sozialistische Ärzte sprachen über Gesundheit, Geburtenkontrolle, Familienplanung und Ernährung. Arbeiterfunktionäre referierten über die faschistische Gefahr, über politische Entwicklungen in Deutschland, in Russland, in der Welt und auch über Geschichte und Literatur.

In marxistischen Bildungsveranstaltungen, die regelmäßig von der kommunistischen Opposition durchgeführt wurden, wurden die Faschismus-Thesen von Thalheimer diskutiert, ökonomische Probleme, die Krise des Kapitalismus, proletarische Gegenstrategien, der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion, die Klassenkämpfe in Indien und China, der Abbau der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, die Krise der kommunistischen Bewegung behandelt. Andere wichtige Themen waren die weitere Wahlteilnahme der KPD-O nach der unerwarteten Wahlniederlage in Sachsen, die Politik der SPD von der Koalition zur Tolerierung der Regierungen des Sozial- und Demokratieabbaus, die Spaltung der überparteilichen Massenorganisationen, der »rote Volksentscheid« der KPD zusammen mit den reaktionären Rechtsparteien, die Wahltaktik der KPD 1932, als ein neuer Reichspräsident zu wählen war, die Entwicklung in der UdSSR.

Kulturell wurde in Berlin viel geboten – für relativ wenig Geld. Das erste, primitive Radio mit einem Paar Kopfhörer bastelte mein ältester Bruder etwa 1922; man konnte allerdings kaum etwas verstehen. Wohl 1928 kam das erste richtige, fabrik-produzierte Radio-Gerät. Radio wurde bei uns also sehr wenig gehört. Dagegen stand das Zeitunglesen hoch im Kurs. Mein Vater las das »Berliner Tagblatt«, das jeden Tag mit zwei Ausgaben erschien. Mein Bruder Arthur las die Zwickauer »Volksstimme«, das Organ der linken Sozialdemokraten, und den »Klassenkampf«, die theoretische Wochenzeitung von Paul Levi und seinen Freunden. Alfred bevorzugte die »Arbeiterpolitik« der KPD-O und »Gegen den Strom«, die theoretische Wochenzeitung der KPD-O. Daneben hielt der Vater noch drei jüdische Zeitschriften.

In Berlin gab es vor 1933 ein vielfältiges Angebot sozialistischer Tageszeitungen: zwei von der SPD (»Vorwärts« und »Abend«), drei der KPD (»Rote Fahne«, »Welt am Morgen«, »Welt am Abend«), den »Funken« des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) und die »Arbeiterpolitik« der KPD-O, später noch die »Sozialistische Arbeiterzeitung« der SAP.

Die Arbeiterbewegung hatte eine Volksbühne geschaffen, die ein eigenes Theater im Armenviertel Berlins bauen ließ, ganz nahe am Karl-Liebknecht-Haus, der Zentrale der KPD. Das Gebäude war innen mit dunklem Holz vertäfelt. Es gab für junge Menschen die Jugendvolksbühne – fünf Theaterstücke im Winter zu 0,75 Rentenmark. Die Plätze wurden verlost. Dort sah ich Friedrich Wolfs »Zyankali«, das aufregende Theaterstück gegen den § 218, Wolfs »Matrosen von Cattaro«, Frank Wedekinds »Frühlings Erwachen«, Henrik Ibsens »Peer Gynt«, Walter Mehrings »Kaufmann von Berlin«, Ernst Tollers Antikriegsdrama »Hoppla, wir leben!« und manches klassische Drama. Berühmte Regisseure wie Erwin Piscator (bis zur Spaltung auch der Volksbühne) und große Schauspieler wie Alexander Granach, Alexander Moissi, Tilla Durieux inszenierten und spielten für ein proletarisches Publikum.

Ins Kino gingen wir selten. Ich kann mich nur an wenige Filme erinnern, vor allem an Charlie Chaplins humoristische Stummfilme, deren Sozialkritik ich noch nicht begriff. Vielleicht habe ich den großartigen Film »Goldrausch« schon damals gesehen, der mich später sehr beeindruckte. Der große Eisenstein-Film »Panzerkreuzer Potemkin« und seine erregenden Massenszenen aus der russischen Revolution sind mir bis heute in Erinnerung geblieben.

Zweimal im Jahr gab es Gedenkfeiern, im Januar für Lenin, Liebknecht und Luxemburg, und Ende Oktober für die Oktoberrevolution. Einer der führenden Funktionäre hielt eine »Festrede«, immer eine ernste politische Rede zur Geschichte und den Aufgaben der Kommunisten. Die Agitproptruppe »Rote Raketen«, deren Mitglieder zur KPD-O gehörten, umrahmte diese Veranstaltungen.

Mit dem Anwachsen der faschistischen Gefahr warb die KPD-O noch intensiver für eine Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen und wandte sich mit größeren Versammlungen an die proletarische Öffentlichkeit. Wichtiger noch waren die Bemühungen der KPDO-Mitglieder in diesen Organisationen und unter den Betriebsräten, den Druck auf die beiden Linksparteien zu verstärken. Lokal, in einzelnen Stadtteilen, in einigen Städten und punktuell, bei bestimmten Anlässen, konnte die KPD-O Einheitsfrontaktionen erreichen. Besonders stark waren die Bemühungen um eine Einheitsfront in Stuttgart, Offenbach, in Sachsen und Thüringen, in Solingen. In manchen Orten gelang es sogar, die lokalen Organisationen von SPD und KPD mitzuziehen. Aber der Einfluss reichte nicht aus, eine das ganze Land umfassende antifaschistische Kampffront zu schaffen.

In die politischen Debatten auf den Versammlungen der KPD-O kam ein neues Element, als der antimilitaristische Flügel der SPD im Oktober 1931 ausgeschlossen wurde und die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) gründete. Ein Teil der KPDO-Mitglieder hoffte, hier könnte eine neue größere revolutionäre Partei entstehen. Nach sehr intensiven, manchmal auch heftigen Debatten trennte sich eine Minderheit von der KPD-O und schloss sich der SAP an. Leider reichten die klugen erfahrenen Köpfe der Minderheit nicht aus, um aus der heterogenen Mitgliedschaft der SAP eine revolutionäre Partei zu formen. Nach 1933 zerfiel die SAP in ihre ursprünglichen Strömungen.

Die KPD-Führung erklärte, eine eventuelle faschistische Diktatur würde nur von sehr kurzer Dauer sein: »Danach kommen wir an die Macht«. Die SPD hielt sich an die Legalität. Sie wählte im Frühjahr 1932 den Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten mit dem Argument, er sei als hoher Militär der letzte Schutzwall der Demokratie und würde nie einen Gefreiten Adolf Hitler zum Reichskanzler ernennen. Das Gegenteil war dann am 30. Januar 1933 der Fall.

Man konnte den fortschreitenden Abbau der bürgerlichen Demokratie durch deren Verfassungsorgane immer deutlicher erkennen. Daher wandte sich die Reichsleitung der KPD-O am 1. Juli mit einem Schreiben an SPD, KPD, SAP, ADGB und AFA-Bund und forderte sie dringend zu Beratungen über eine Einheitsfront auf. Diese Aktion fand die Unterstützung vieler linker Persönlichkeiten. Aber die großen Organisationen hielten eine positive Antwort für unnötig, da sie die Lage im Griff hätten.

Im Juli 1932 machte die deutsche Bourgeoisie die Generalprobe auf die Kampfbereitschaft der Sozialdemokratie. Am 20. Juli setzte die Reichsregierung die preußische Regierung – eine Koalition aus SPD, Zentrum und Staatspartei – ab. Die Preußen-Regierung, angeblich ein Bollwerk gegen die Zerstörung der Republik, ließ sich widerstandslos absetzen. Schlimmer noch:

Ihr Innen- und Polizeiminister Carl Severing, der so »mutig« gegen die KPD gewesen war, sagte vor seiner formellen Absetzung dem Vertreter der Reichsregierung zu, man werde keinen Widerstand leisten. Und dann erklärte die Preußenregierung, dieses vorletzte »große Bollwerk der Demokratie«, sie weiche nur der Gewalt.

Nach der Absetzung reichte der preußische Ministerpräsident Otto Braun Klage beim Reichsgericht in Leipzig ein – man verklagte den Teufel bei seiner Großmutter. Die Anhänger, die Widerstand erhofft hatten, wurden mit dem echt sozialdemokratischen Spruch getröstet: Wahltag ist Zahntag – bei den anstehenden Reichstagswahlen am 30. Juli würde man die Antwort auf den Staatsstreich geben. Da jeder wirkliche Widerstand ausblieb, war die Reaktion zu ihren nächsten Schritten ermutigt. Die kommunistische Opposition wollte sich auf die eventuelle Illegalität vorbereiten, verfügte aber kaum über technische Mittel und war unerfahren. Die KJO sollte an Pfingsten 1932 ihre illegale Arbeit auf einer Reichsfunktionärkonferenz in Asch diskutieren und organisieren.

In der tschechischen Stadt, nahe der deutschen Grenze, gab es eine starke KPO-Gruppe. Aus vielen Orten machten sich junge Genossinnen und Genossen auf den Weg. Ich trampelte in zweieinhalb Tagen nach Bad Elster, wo ich über die Grenze ging. Bevor ich aber das Arbeiterheim der KPO erreichte, wurden ich und eine Gruppe von Leipziger Genossen, denen ich mich unterwegs angeschlossen hatte, von Kommunisten aus Asch abgefangen und umgeleitet. Am Tage vorher waren Walter Uhlmann und Walter Schwarz von der Reichsleitung der KJO beim Grenzübergang geschnappt worden; in ihren Rucksäcken fand man alle Konferenzunterlagen. Die Konferenz wurde daraufhin von der Polizei verboten und das Arbeiterheim bewacht.

In einer neuen Nachricht informierte man uns, dass die Konferenz nun in Oelsnitz im Vogtland stattfinden werde. Wir machten uns auf den Weg und wurden im Rathaus von Otto Bachmann empfangen, einem erfahrenen KPO-Genossen, der in dieser Arbeiterstadt Bürgermeister war. Er und seine Frau nahmen uns sehr gastfreundlich auf; ich durfte in ihrer Wohnung im Rathaus auf dem Fußboden schlafen. Mit einiger Verspätung konnte die Konferenz beginnen, auf der u.a. beschlossen wurde, die Reichsleitung nach Stuttgart und in die Hände jüngerer Genossen zu legen. Wir hatten eine ernste Lektion in Sachen Effektivität der Behörden, ihrer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und unseren primitiven Methoden erhalten.

Die Großorganisationen der deutschen Arbeiterbewegung blieben weiter untätig, waren zu stolz und selbstzufrieden, um die vielen Warnungen der kleinen »Splittergruppen« zu hören und die Fakten zu sehen. So konnte der Staatsstreich am 30. Januar 1933, die Übergabe der politischen Macht durch

die deutsche Bourgeoisie an die Nationalsozialisten, »legal« vollzogen werden, ohne dass es zum Widerstand kam. Sehr bald setzte ein umfassender Terror ein. Ich sah, wie führende Linke dicht gedrängt auf einem offenen Lastwagen vom Polizeipräsidium am Alexanderplatz zum Moabiter Gefängnis transportiert wurden; ich glaube, unter ihnen Erich Mühsam und Max Köhler erkannt zu haben. Hermann Göring als Reichs- und preußischer Innenminister ließ bereits wenige Tage nach dem 30. Januar Konzentrationslager errichten, machte die SA zur Hilfspolizei und konnte zudem die deutliche Sympathie großer Teile des Staatsapparates mit dem Faschismus nutzen. Der Terror wurde offen betrieben und die Errichtung der Konzentrationslager in den Zeitungen angekündigt. So wurden die »Reichstagswahlen« am 5. März vorbereitet. Am 27. Februar legte Göring das Reichstagsgebäude in Schutt und Asche, verschärfte dann den Terror und verbot alle kommunistischen Organisationen und Organe.

Die SPD und ihre Eiserner Front ermahnten die Werktätigen, sich nicht zu unbesonnenen Aktionen hinreißen zu lassen, sondern auf die Anweisungen ihrer Organisationen zu warten, die nie kamen. Diese Irreführung der kampfwilligen Werktätigen, die Kapitulation der reformistischen Führungen, die kampfflose Niederlage wirkten demoralisierend. Die unsicheren Elemente liefen zu den Faschisten über und halfen durch ihre Denunziationen, den faschistischen Terror zuerst vor allem gegen die KPD zu intensivieren und zum Erfolg zu führen.

Am 2. März, drei Tage vor den »Reichstagswahlen«, machte ich mein Abitur am Köllnischen Gymnasium; am Freitag, den 3. März, starb meine Großmutter. Am Samstagabend wurde die Leiche von ihrer Wohnung in Berlin-Tegel auf den jüdischen Friedhof in Weißensee überführt. Wir erlebten den Massenaufmarsch der Nationalsozialisten, die an diesem dunklen Abend in ihren Uniformen durch die Straßen zogen, bewaffnet, mit Brandfackeln die Dunkelheit erhellend und ihre Parolen brüllend: »Alljuda verrecke, verrecke, verrecke! Alldeutschland erwache, erwache, erwache.« Das gab einen Vorgesmack auf das, was noch kommen sollte. Es war gespenstisch.

Deutschland war nicht Italien – mit diesem Schlagwort hatten sich viele jahrelang beruhigt, stolz auf die angeblich höhere Kulturstufe des Landes der Dichter und Denker. Und Deutschland war wirklich nicht Italien, nur kam alles viel schlimmer. Der deutsche Faschismus erwies sich als viel brutaler, systematischer und besser organisiert. Mit deutscher Gründlichkeit, Präzision und Technologie wurde die Vernichtung aller Opposition, auch der potentiellen Opponenten durchgeführt. In einer vergleichenden Analyse hatte August Thalheimer diese größere Brutalität noch vor der Machtübergabe prognostiziert. Am Sonntag, dem 5. März, durfte unter diesem Druck gewählt werden. Dennoch schaffte die NSDAP nicht die erstrebte absolute Mehrheit. Aber das

Verbot der KPD, die Verhaftung aller ihrer Abgeordneten, soweit man ihrer habhaft werden konnte, vor allem aber die Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei, die bereits 1931 mit der NSDAP und der reaktionären Wehrorganisation »Stahlhelm« die Harzburger Front gebildet hatte, verschafften der Staatsstreichregierung die »Mehrheit« im Reichstag, der am 21. März in Potsdam zusammentrat.

Die Führungsgremien von SPD und freien Gewerkschaften (ADGB, AfA-Bund) waren gespalten. Große Teile glaubten, sich mit dem deutschen Faschismus arrangieren und die Organisationen durch Anpassung und Unterwürfigkeit erhalten zu können. Am 19. April forderten die Gewerkschaftsspitzen Mitglieder und Anhänger auf, an den von der NSDAP veranstalteten 1. Mai-Feiern teilzunehmen, weil die Verstaatlichung des 1. Mai eine Anerkennung der gewerkschaftlichen Ziele sei. Am 2. Mai morgens besetzten die Nazis sämtliche Gewerkschaftshäuser und -büros, verhafteten ihre Funktionäre und verboten die freien Gewerkschaften. Zur Abwicklung wurden Kommissare eingesetzt, z.T. aus den christlichen Gewerkschaften. Bald wurde die »Deutsche Arbeits-Front« (DAF) geschaffen, in die alle Werktätigen faktisch hineingezwungen wurden. Man musste viel Mut und Kraft haben, um sich diesem Zwang zu entziehen.

In ihrer Kapitulationsbereitschaft hatten die meisten Gewerkschaftsführer die deutlich deklarierten Ziele des deutschen Faschismus und die deutlichen Warnungen der KPD-O und anderer Linker ignoriert. Sie hatten erwartet, durch Distanzierung von den kritischen Funktionären und Unterwerfung eine gnädige Aufnahme bei den Faschisten zu finden. In den KZ's erwarteten sie aus ihren Träumen und trafen dort mit ihren kommunistischen Klassengenossen zusammen. Am 17. Mai stimmten die verbliebenen, verängstigten SPD-Parlamentarier für Hitlers »Friedenspolitik«. Bald danach wurde auch die SPD verboten.

Nachdenklich auch im 21. Jahrhundert

2003 befragte mich der sozialistische Journalist Thorsten Fuchshuber nach einer kritischen Beurteilung des 17. Juni 1953 für die »Jungle World«. Die BRD-Propaganda hatte die Demonstration ostdeutscher Bauarbeiter schnell in einen Protest gegen den Sozialismus umgedeutet und den Streiktag zum Staatsfeiertag erklärt. Es war aber ein Protest gegen die unberechtigte und unerklärte willkürliche Erhöhung der Arbeitsnormen. Die Regierung der DDR rief die sowjetischen Soldaten, weil sie mit ihren Arbeitern nicht sprechen konnte – Zeichen ihrer Distanz zu ihren Bürgern.

Thorsten Fuchshuber gewann seine drei Kolleginnen, die Journalistin Danièle Weber, die Filmemacherin Julia Preuschel und die Film-Cutterin Gabriele Reitermann für die Idee eines Films über mein politisches Leben. Wir reisten zu fünft an einige meiner Arbeitsplätze. Die »Viererbande« finanzierte alles aus eigenen Mitteln. Und es wurde ein realistischer Film von 80 Minuten. Der Film wurde in meiner Geburtstagswoche im März 2006 täglich im Stuttgarter Kommunalen Kino gezeigt, dann auf dem Seminar zu meinem 90. Geburtstag.

Seither lief er in mindestens 60 Schulen in Deutschland – von Kiel bis Pfaffenhofen, von Rostock bis Auerbach/Vogtland –, in Luxemburg und beim Festival des jüdischen Films in Jerusalem, hier in einer englischen Fassung. Immer war ich eingeladen, immer wurde diskutiert und kritisiert. Wenn einer von den Filmemachern frei war, kamen sie zu den Vorführungen und beteiligten sich an den anschließenden Debatten.

Da der Film das (Über)-Leben eines kritischen Kommunisten nachzeichnet, war eine häufige Frage, was ein kritischer Kommunist eigentlich sei. Danach ging es zur Geschichte des Nationalsozialismus, zum Widerstand, zu Israel – kann es noch Frieden geben? Wie kann eine Lösung erreicht werden? Dann kam die deutsche Politik von heute: Was halten Sie von Frau Merkel? Wie stehen Sie zur »Wiedervereinigung«? Beide sah ich immer sehr kritisch. Über meine politische Aktivität ging es auch: Warum ich in der PDS, dann in der Linken sei? Ob es sich denn lohne, sich politisch zu organisieren. Migrantenkinder fragten nach Rassismus und Neonazismus. Viele wunderten sich, woher mein ungebrochener Optimismus komme. Meine persönlichen Verhältnisse – Familie, Kinder – wurden nur selten erwähnt.

Neben den vielen Schulbesuchen habe ich in zahlreichen Städten in linken Zirkeln und bei Rosa-Luxemburg-Clubs Vorträge gehalten, über das kommunistische China, den Nahostkonflikt, die Innen- und Außenpolitik des deutschen Kapitalismus (u.a. über die militärische Intervention zur Zerstörung Jugoslawiens) sowie über die Sozial- und Wirtschaftspolitik der BRD.



Mit den Reiseleitern Tan Xuewen (l.) und Li Weimin am 29. März 2013 in Beijing

Auch in diesen Jahren habe ich regelmäßig China und Israel besucht, die Tschechische Republik, einmal Kuba und einmal Schweden, Moskau bereiste ich dreimal. Diese Länder interessieren mich besonders, ferner dreimal Vietnam, einmal Bolivien, einmal Äthiopien. Seit 1978 – zwei Jahre nach Maos Tod – habe ich Rotchina auf 14 Studienreisen besucht; hier hatte ich chinesische Fachkollegen und -kolleginnen als Reiseführer für unsere Gruppe, die aus 8-15 Teilnehmern bestand. Einmal waren es 30 Lehrer und Lehrerinnen aus München, organisiert von Frau Dr. Chong-Sook Kang und Alexander Gregory. Auf den letzten Reisen führten uns Prof. Li Weimin (chinesische Akademie der Agrarwissenschaften) und Dr. Tan Xuewen (chinesische Akademie der Sozialwissenschaften). Wir hatten Gespräche in den Forschungsinstituten in Beijing, besuchten Dörfer, Bauernhäuser, Fabriken, Schulen, Universitäten und natürlich alle kulturellen Sehenswürdigkeiten auf unseren Reiserouten von der Großen Mauer, den Ausgrabungen in Xi an, den Drei-Schluchten-Staudamm, die großen Museen bis zu den Pagoden in Kali, Provinz Yünnan.

So konnte ich im Laufe von 35 Jahren die ökonomische, technische und politische Entwicklung unter der neuen Reformführung beobachten, auch im Herbst 1989 die innenpolitischen Nachwirkungen der Unruhen am Tian Anmen beobachten und mit meinen chinesischen Freunden diskutieren – die Öff-

nung und Offenheit 1978, die Verslossenheit und neue Furcht 1989 und dann die weitere Lockerung und die offene Kritik in den folgenden Jahren.

Die chinesische Reformpolitik, eine Analogie zu Lenins Neuer Ökonomischer Politik, steht in der Diskussion. Der größte Teil der bürgerlichen Beobachter weiß nichts von der NÖP und bezeichnet diese Strategie als Rückkehr zum Kapitalismus – jedoch ohne die so segensreiche und mustergültige (bürgerliche) Demokratie. Aber auch auf der Linken wird die Wirtschaftsstrategie oft so gesehen wie von vielen bürgerlichen Beobachtern. In dieser Position, auch mancher ostdeutscher Sinologen, sehe ich eine Folge der Selbsterstörung des Realsozialismus von Ostberlin bis Wladiwostok 1989/91, die all jene Kommunisten zutiefst erschütterte, die nach der einseitigen Information 1989 völlig überrascht waren.

An der Debatte auf der Linken nehme ich mit meinem historischen Optimismus teil, in dem ich mich bestärkt fühle, weil die chinesischen Kommunisten aus den großen Fehlern der Mao-Ära gelernt und diese öffentlich kritisiert haben. Auch an Diskussionen in China konnte ich teilnehmen, so an drei Rosa-Luxemburg-Konferenzen (in Beijing und Guangzhou), auf denen nach Luxemburgs Verständnis von sozialistischer Demokratie gefragt wurde, und an der Konferenz in Wühan (1999) über den Zusammenbruch des Realsozialismus.

Nach einer ersten Studienreise durch Vietnam im Jahre 2001 konnte ich dank der Hilfe meiner Hohenheimer Kollegin Prof. Dr. Anne Valle-Zarate an zwei weiteren Reisen in den Norden Vietnams bis an die Grenze nach Laos teilnehmen, wo ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt der Universität Hohenheim seit einigen Jahren lief. Die drei Vietnamreisen verschafften mir einen kleinen Einblick in die Zerstörungen durch die US-Invasion bis 1975 und in einige Probleme des Aufbaus und der schwierigen Beziehungen mit dem sozialistischen Nachbarn China.

Ferner konnte ich mit der Kollegin Valle-Zarate ihr Forschungsprojekt im Hochland Boliviens bei Cochabamba besuchen (auf 4200m Höhe) und in 14 Tagen einen kleinen Einblick in die Arbeit der »Bewegung für den Sozialismus« des Evo Morales gewinnen, der die Indios bis in die letzten Dörfer organisiert hat. Morales hat den Widerstand der Gutsbesitzer in den vier Tieflandprovinzen friedlich überwinden und vielleicht ohne Bürgerkrieg eine sozialistische Politik durchsetzen können. Die Einmischung Washingtons konnte er abwehren.

Jedes Jahr war ich in Israel und habe mich bei Freunden und einigen meiner Verwandten über die politischen Entwicklungen informiert.

Die Schwedenreise im Jahre 2008 wurde für mich ein besonders lehrreiches Ereignis. 1938 standen im Weiler Åckelsta der Gemeinde Skepptuna



Mit Prof. Dr. Anne Valle-Zarate bei einem Kleinbauern in der Provinz Son La in Nordvietnam

drei große Gehöfte. 20 Menschen lebten dort, bewirtschafteten zusammen 230 ha und hielten 230 Stück Rindvieh. Jetzt stand nur ein Gehöft; der Arbeiterbauer nutzte noch 130 ha, produzierte nur Weizen und Raps, hielt kein Vieh. Fünf Tage arbeitete er auf dem nahen Flughafen von Stockholm in Arlanda, seine viehlose Wirtschaft betrieb er mit seiner Frau am Wochenende – ein Lehrstück in Agrargeschichte.

Einige Fernreisen sind noch erwähnenswert. In Chicago fand 2006 eine internationale Konferenz zu aktuellen Fragen des Marxismus statt, mitorganisiert von Prof. Dr. William Pelz. Viele, meist linke Wissenschaftler diskutierten zweieinhalb Tage über die Arbeiterbewegung in USA, über China, Vietnam und Kuba und viele andere Themen. Ich war erstaunt, so viele Marxisten zu finden in einem Land mit einer äußerst schwachen Arbeiterklasse, wo ganze Teile dieser Klasse nicht eine landesweite eigene Partei wählen, sondern nur zwischen zwei großen kapitalistischen Parteien »wählen« – eine merkwürdige Demokratie der kapitalistischen Hegemonie.

2010 konnte ich nochmals Indien besuchen – zusammen mit meinem Kollegen Li Weimin, Beijing. Er war Reiseführer der Gruppe von 30 Lehrern und Lehrerinnen aus München gewesen. Die Gruppe war so begeistert von dem intensiven Programm, dass sie 4.000 Euro sammelten, mit denen er eine Stu-

dienreise finanzieren sollte. Er wählte Indien, wo ich noch immer einige Fachleute kenne. Wir waren drei Wochen unterwegs in Calcutta, Hyderabad und Bangalore, Chennai (Madras), Kerala, Neu Delhi, Pjundjab. Von diesen Städten wurden wir von Kollegen auf Dörfer geführt. Wir sahen punktuelle Fortschritte vor allem in den Städten Hyderabad und Bangalore, aber auf den Dörfern eher strukturellen und technischen Stillstand.

Seit 1987 war ich dreimal in Moskau, um mich bei meinen Freunden und Freundinnen über Ökonomie und Politik zu informieren, bin aber nicht über die Hauptstadt hinausgekommen. Intensive Gespräche konnte ich führen mit Prof. Dr. Alexander Watlin, Rada Adjubei (Tochter von Nikita S. Chruschtschow), Anna Larina, der Witwe Buchams, Svetlana Gurnich-Bucharina, mit Zoria Serebriakora und Mischka Slawutzkaja, einer lettischen Bolschewikin, die 1920 für die SU optiert hatte.

Eine Reise von 14 Tagen mit meiner Kollegin Marianna Siegmund-Schulze nach Äthiopien gab mir einen kleinen Einblick in das Gebiet von Addis Abeba bis nach Hawassa, einer Universitätsstadt 250 Kilometer südlich von Addis Abeba. Ich sah etwas von der heimischen traditionellen Landwirtschaft und von niederländischen Agrarproduzenten, die auf einer großen Fläche in Plastiktreibhäusern Blumen für den Export nach Europa produzierten.

Die Beschäftigung mit Agrarfragen nahm nur einen Teil meiner Zeit und meines Interesses in Anspruch. Mehr beschäftigte mich die deutsche und internationale Politik. An meinem 75. Geburtstag (1991) hatte ich meine Funktion in der PDS abgegeben, blieb aktives Mitglied und ging mit bei der Vereinigung von PDS und WASG im Jahre 2006. Zwar sah und sehe ich in der neuen Linken nicht das Gelbe vom Ei – sie ist eine heterogene Mischung einiger linker Strömungen. Aber gegenwärtig gibt es in der BRD nichts Besseres. Und aus Solidarität mit den ostdeutschen Genossen, die nach dem Anschluss von 1989 gedemütigt und massenhaft »abgewickelt« wurden, müssen wir zusammenarbeiten. Manche von ihnen kannten den modernen Kapitalismus noch nicht und hatten illusorische Vorstellungen vom Parlamentarismus, und manche Westgenossen kannten die politischen Mängel des Realsozialismus nicht. Auf beiden Seiten besteht noch ein großer Lern- und Bildungsbedarf.

Streitfragen der Arbeiterbewegung

Es sind drei Problemkomplexe, bei deren Diskussion ich mich »einmische«. Manche Ostgenossen – ich vermute, sie vertreten nicht die Mehrheit der dortigen Mitglieder – möchten gerne Beteiligung in der Bundesregierung und in den Bundesländern. Die historische Erfahrung seit 1898 wurde von Rosa

Luxemburg zusammengefasst: Im Normalfall gehören Sozialisten im bürgerlichen Staat in die Opposition. Diese Erfahrung haben meine Genossen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg ebenfalls machen müssen: Sie wurden von ihren »Partnern« majorisiert, haben fast nichts erreicht und wurden von ihren Stammwählern bei den folgenden Wahlen abgestraft. Unsere Stärke muss sich außerparlamentarisch erweisen, zumal die wirklichen Entscheidungen nicht im Bundestag fallen, sondern in den »Lobbys«, wo Hunderte Lobbyisten sie vorbereiten. Lobbyismus ist das Gegenteil von Demokratie. Die Verflechtung der »Wirtschaft« (der Mächtigen aus Finanzkapital und Industrie) mit der »Politik« war nie so eng und deutlich wie heute. Und Kurt Tucholsky fasste das Problem schon 1929 so zusammen: »Die SPD glaubt, sie sei an der Macht, sie ist nur in der Regierung.«

Die deutsche Bourgeoisie dominiert politisch und ökonomisch die EU. Deutsche Konzerne haben die Ökonomie der »kranken« EU-Mitglieder nieder konkurriert, weil die BRD ein Niedriglohnland ist. Jetzt schreibt die Bundesregierung faktisch den Euro-Ländern den gleichen Sozialabbau vor, den die Regierung von SPD und Grünen mit ihrer Agenda 2010 eingeleitet und als »Reform« ausgegeben hat. Deutsche Inspektoren kontrollieren in Athen die Durchführung des Sozialabbaus, der Massenentlassungen und der Privatisierung der Staatsbetriebe.

SPD- und Gewerkschaftsführung fühlen sich explizit »mitverantwortlich für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie«. Hier ist internationale Solidarität der Arbeiterklasse in Europa angesagt, um der wachsenden nationalistischen Demagogie entgegenzuwirken.

Die zweite Streitfrage gilt der Politik der chinesischen Kommunisten. Nach 14 Studienreisen, intensiven Diskussionen mit dortigen Kommunisten, nach der Lektüre der mir zugänglichen chinesischen Literatur – ich kann kein Chinesisch – bin ich fest überzeugt, dass die KPCh den Sozialismus aufbaut. Sie hat seit 1978 die großen Fehler der Mao-Ära offen kritisiert und eine erfolgreiche Reformstrategie angewandt. Die Riesenprobleme eines riesigen Entwicklungslandes sind mir wohl bewusst; sie sind auch nicht so schnell zu lösen, wie wir möchten. Aber die KPCh kennt sie, benennt sie und löst sie nach und nach.

Besonders wichtig scheinen mir die Selbstkritik seit 1978 und die innenpolitischen Reformen: pünktlicher, normaler Generationswechsel nach zwei Wahlperioden, offene Debatten, Kontrolle der Funktionäre (und der Privatunternehmer), Transparenz der Regierungspolitik, als neueste Maßnahmen: Abbau (noch nicht Abschaffung) der Todesstrafe, Auflösung der Umerziehungslager, defensive Außenpolitik.

Die gelungenen inneren und ökonomischen Reformen werden allmählich, wenn auch langsamer, in Vietnam und Kuba durchgeführt.



Zu Gast bei Georg Tuma und seinen Kindern und Enkelkindern am Abend der Parlamentswahl im April 2015. Tuma ist Lehrer im arabischen Städtchen Kefar Yasif in Nordisrael.

Die führenden kapitalistischen Mächte fordern »Demokratie und Menschenrechte« und versuchen, ethnische Probleme (Xinjiang, Tibet) auszunutzen, haben sich bis 1959 militärisch in Tibet betätigt und Anhänger des Dalai Lama militärisch ausgerüstet. Die USA rüsten Taiwan und die Nachbarländer Japan, Philippinen, Südkorea, Australien auf.

Das dritte Thema der linken Debatte ist der Nahostkonflikt. Hier hat sich in der linken Öffentlichkeit 1967 nach dem unerwarteten Sieg der Israelis im Sechstagekrieg eine totale Umkehr bei weiten Teilen vor allem der Studentenbewegung vollzogen: Der Sieg hat in Israel einen neuen Nationalismus provoziert, z.T. unter einem religiösen Schleier – der Bau von Siedlungen im besetzten Westjordanland wurde erst von der Regierung geduldet, heute wird er intensiv gefördert. Der hundertjährige Krieg im Nahen Osten gehört zu den längsten Konflikten der neuesten Zeit. Sozialisten dürfen weder die Politik der Regierung Netanjahu in Jerusalem unterstützen, die ihre »Friedensverhandlungen« mit weiterem völkerrechtswidrigem Siedlungsbau begleitet, noch die Politik der Hamas in Gaza, die von Iran materiell, vor allem militärisch, unterstützt wird und das Existenzrecht und die Realität Israel nicht anerkennt. Eine internationalistische Lösung muss aus drei Schritten bestehen:

1. Die Hamas muss die Realität Israel anerkennen und das ihrem Volke öffentlich sagen.
2. Israel muss die besetzten Gebiete räumen.
3. Die Palästinenser gründen ihren Staat.

Israel hat die Siedlungen im Sinai und im Gaza-Streifen geräumt. In der Negev-Wüste gibt es Platz genug für alle Westbanksiedler; es gibt auch Wasser, grüne Städte und Siedlungen. Wenn Millionen Juden aus der weiten Welt nach Palästina wandern konnten, kann die Umsiedlung von 300.000 Westbankbewohnern keine unmögliche Sache sein.

Alle anderen Vorschläge sind unrealistisch. Eine Einstaatenlösung wäre nach wenigen Jahren ein Staat mit arabischer Mehrheit; das wird das jüdische Volk mit seiner europäischen Erfahrung niemals akzeptieren. Ebenso ist ein Rückkehrrecht der vielleicht 4 Millionen Flüchtlinge von 1948 nach Israel nicht denkbar. Es gibt kein historisches Rückkehrrecht. Immer zahlen die Völker für die Verbrechen ihrer Regierungen, weil sie diese nicht verhindert haben. So haben die palästinensischen Flüchtlinge 1948 für die Hitler-Sympathie ihrer Führer gezahlt.

Dieser Krieg hat zu einem militärischen Patt bei asymmetrischen militärischen Kräften geführt; es kann keinen Sieger mehr geben. Israel kann sich nicht auf seine zeitweiligen Freunde verlassen, auch nicht auf die »Staatsraison« der Bundesregierung, die Angelika Merkel in Jerusalem verkündet hat. Die Friedenswilligen beider Völker, die ganz sicher die große Mehrheit bilden, müssen ihre Regierungen unter Druck setzen oder stürzen. Wenn die Linke in Europa einen Einfluss hat, muss sie in dieser Richtung nachhelfen. Sie darf keine der kriegswilligen Kräfte unterstützen; sie sollte Brücken der Verständigung zwischen den Völkern bauen.

Meine letzten Bücher

In meinen Büchern habe ich mich in den letzten Jahren überwiegend mit der Geschichte und den aktuellen Problemen der Arbeiterbewegung befasst. In dem Buch »Internationalismus im 21. Jahrhundert« gehe ich der Frage nach, wie nach der Auflösung der Komintern und dem Missbrauch des Internationalismus in der Stalin-Ära die unbedingt notwendige internationale Kooperation und Solidarität der revolutionären Bewegung organisiert werden kann. Da die Arbeiterbewegung in jedem Land eigene Aufgaben hat, andere vor und nach der Revolution, in Industrie- andere als in Entwicklungsländern, kann es keinen »Generalstab der Weltrevolution« mehr geben, der mit Mehrheit oder gar einstimmig für alle Länder beschließt, sondern nur noch freiwillige Koordi-

nation und kritische Solidarität. Das ist besonders wichtig, wo die nationalen Interessen sozialistischer Regierungen einander widersprechen. Militärische Eingriffe in andere sozialistische Länder (wie mit der Breschnew-Doktrin einer begrenzten Souveränität die Intervention gegen die Prager Reformen 1968 begründet wurde) darf es nicht mehr geben.

In dem Buch »Internationalisten an den antifaschistischen Fronten« habe ich den praktischen Internationalismus vieler Ärzte und Krankenschwestern dargestellt, die nach der Niederlage der spanischen Republik 1938 und nach dem Sieg der chinesischen Kommunisten 1949 nach Vietnam gegangen sind, um dort zu helfen. Diese sozialistischen und kommunistischen Ärzte waren klüger als die KPD-Funktionäre, die nach dem Stalin-Hitler-Pakt den Spanienkämpfern und anderen Emigranten den Rat gaben, nach Hitlerdeutschland zurückzukehren. Man kann das heute kaum mehr glauben! Dort kamen sie sofort in die KZs.

Mit den Grundproblemen der kommunistischen Bewegung befasst sich mein Buch »Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung«. Es gibt bemerkenswerte Analogien in der nachrevolutionären Politik sozialistischer Länder. Daher spricht der große chinesische Reformler Deng Xiaoping nach seiner Rückkehr in die führenden Funktionen von den »Plagen unseres Systems«, deren Beseitigung er neben den ökonomischen Reformen öffentlich diskutiert und in Angriff nimmt.

Etwas wollte ich auch sagen über die Menschen, von denen ich gelernt habe, die mich zum kritischen Kommunisten gemacht haben, die mir während der schwierigen Exiljahre geholfen haben und mit denen ich interessante Debatten führen konnte. Daraus entstand das Buch über »Weggefährten«. Als Folge dieses Buches erinnerte ich in dem Band »Sozialisten – Zionisten – Kommunisten« an meine Generationsgefährten in unserer Familie Bergmann-Rosenzweig, die fast alle an den Fronten des Antifaschismus mitgekämpft haben. Ihr kritischer Beitrag zu den Gesellschaften, in denen sie lebten, schien mir wert, aufgehoben zu werden. In China und in der BRD bin ich gefragt worden, wo meine Heimat sei. Meine Antwort war und bleibt: in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. (Mir war unbekannt, dass vor mir schon andere Sozialisten so oder ähnlich gesprochen haben.)

Mit 100 Jahren: Kritischer Kommunist, vorsichtiger Optimist

In den früheren Ausgaben meiner Autobiografie habe ich die Überzeugung ausgesprochen, dass die Überwindung des Kapitalismus notwendig und möglich ist. Aber die Entwicklung und die sozialen Bewegungen sind ungleichzei-

tig und ungleichartig. In der Begeisterung über den Sieg der Oktoberrevolution 1917 entstand die Vorstellung vom Flächenbrand der Weltrevolution und die schon von Lenin abgelehnte Meinung, dass diese Revolution das kopierfähige Modell für alle Verhältnisse sei. Die sozialistischen Länder sind und bleiben sozialistische Inseln im kapitalistischen Ozean. Diese müssen friedliche Koexistenz mit dem Kapitalismus anstreben und im Wettbewerb der Entwicklung ihre Überlegenheit demonstrieren. Zur Ideologie der kapitalistischen Führungsmächte gehört jedoch, dass der Kapitalismus das einzig effektive und humane System sei. So kam der US-Historiker Francis Fukuyama 1993 zu der Feststellung, nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus sei die Weltgeschichte abgeschlossen.

So meinte 1999 der Präsident der USA, George H.W. Bush, nun breche eine neue Ära der Harmonie und des Weltfriedens an, in der sein Land die einzige Ordnungsmacht sein würde. Jedoch der internationale Klassenkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus als wichtiger Teil der Weltpolitik geht weiter. Fraglich ist, ob das kapitalistische Klassenbewusstsein so flexibel ist, das Existenzrecht sozialistischer Gesellschaften und eine multipolare Welt anzuerkennen. Erst nach 55 Jahren eines unwirksamen Boykotts haben die USA den Wunsch aufgegeben, Kubas Regierung zu stürzen.

Aber die Vorstellungen des US-Imperialismus sind von der Geschichte überholt: Es kann keine Weltordnungsmacht geben – die Welt ist multipolar. Neue, lockere Verbindungen entstanden, so die EU, ASEAN, die APEC, BRICS, die AU, die Organisation Lateinamerikanischer Staaten. China ist dabei, die Feindschaft mit Indien, die seit 1962 besteht, zu überwinden. Die verbliebenen sozialistischen Länder haben sich als stabile und stabilisierende Kräfte in der gegenwärtigen Krise der Weltwirtschaft erwiesen. Wir erleben eine allmähliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse am Weltmarkt und in der Weltpolitik zugunsten der Schwellen- und Entwicklungsländer.

Dagegen befindet sich die kapitalistische Welt seit 2007 in einer zyklischen und zugleich strukturellen Krise. Die Politiker stürmen von Gipfel zu Gipfel, können aber die Krise nicht lösen. Ein Ende der Krise ist noch nicht abzusehen. Manche bürgerlichen Ökonomen meinen, die kapitalistische Weltwirtschaft gerate in eine lange Periode der Krise mit nur kurzen Unterbrechungen.

Die bürgerliche Demokratie wird ausgehöhlt durch die enge Verflechtung zwischen »Wirtschaft« und »Politik«, Lobbyismus, durch intensivierete Überwachung, durch die Verbindung zwischen Verfassungsschutz und Rechtsradikalismus, durch das Fast-Monopol der bürgerlichen Medien, die »Hegemonie« der Bourgeoisie.

Die europäische Arbeiterbewegung hat ihre Depression nach 1989/90 noch nicht überwunden. Die Sozialdemokratie hat vor allem in der BRD und in

Großbritannien mit dem »dritten Weg« jeden Reformwillen aufgegeben, dominiert aber die proletarischen Massenorganisationen, auch wenn sie durch die Klassenzusammenarbeit ihre Existenz gefährden.

Die erzwungene Einstimmigkeit hat zur Erstarrung des Marxismus geführt. Ohne Alternativen, ohne Widerspruch, ohne Antithese gibt es keinen Fortschritt. Daher hat die KPCh begonnen, den »Marxismus weiter zu entwickeln«. Der Schwerpunkt der revolutionären Bewegung hat sich (vielleicht nur vorübergehend) in die Entwicklungsländer verschoben. Das hatten Marx und Engels nicht vorausgesehen. Aber es ist dennoch Tatsache.

Auch in den Industrieländern muss der Marxismus weiterentwickelt werden. Unter anderem müssen die Veränderungen des Kapitalismus und der Arbeiterklasse analysiert werden im offenen, toleranten, kollektiven Diskurs. Unsere Organisationen müssen die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen berücksichtigen. Wenn dieser Prozess stattfindet, dann gehört der sozialistischen Bewegung wieder die Zukunft, auch im Ursprungsland des Marxismus. Diese Überzeugung begründet meinen vorsichtigen Optimismus auch in meinem letzten Lebensabschnitt.

Im hohen Alter denke ich an meine Freunde, die vor mir gegangen sind, von denen ich manche zu Grabe getragen habe. Jüngere Freunde sind mir geblieben, und ich habe manche neuen Freunde und Freundinnen gefunden, mit denen ich die gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Ereignisse diskutiere und die mich kritisieren. All denen bleibe ich dankbar.